Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 709

Große Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. **Änderung von Vorschriften des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung**

Wir fragen die Bundesregierung:

Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag unverzüglich eine Novelle zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321) vorzulegen, die nachstehende Änderungen zum Inhalt hat:

1. Anhebung der Unterstützungssätze der Arbeitslosenhilfe auf die Tabellensätze des Arbeitslosengeldes;
2. Anrechnungsfreiheit für Renten der gesetzlichen Unfallversicherung bei der Festsetzung der Arbeitslosenhilfe;
3. Beseitigung der Mängel in der Berechnung und Bemessung des Kurzarbeitergeldes und des Krankengeldes im Anschluß an Kurzarbeit;
4. Beseitigung des Mißstandes, daß Zeiten, in denen Lohnausfallvergütung bezogen wurde, bei der Feststellung der Rahmenfrist, von der die Dauer der Gewährung des Arbeitslosengeldes abhängt, unberücksichtigt gelassen werden;
5. Gewährung des Arbeitslosenversicherungsschutzes an Bezieher von Berufsunfähigkeitsrenten, die eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben;
6. Gewährung des Arbeitslosenversicherungsschutzes an Arbeitnehmer, die Abkömmlinge oder Eltern des Arbeitgebers sind, bei dem sie eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben;
7. Anerkennung der Arbeitslosigkeit bei Arbeitnehmern, die infolge eines Arbeitskampfes arbeitslos geworden sind, ohne an dem Arbeitskampf beteiligt zu sein?

Bonn, den 5. Dezember 1958

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestraße 54, Telefon 35 51